

## **J1** Jahresplanung 2020

Gremium: Kreisvorstand  
Beschlussdatum: 01.02.2020  
Tagesordnungspunkt: 5. Jahresplanung und Termine

### **Antragstext**

1 Die Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Altmark  
2 beschließt die folgende Jahresplanung für 2020 und nimmt die darin enthaltenen  
3 Termine anderer grüner Gremien (Kreisvorstand, Regionalgruppen, Landesverband,  
4 Bundesverband) zur Kenntnis:

- 5 • 16.02. – Treffen der Regionalgruppe Stendal | in Stendal
- 6 • 07.03. – Landesdelegiertenrat und Grüner Tag | in Halle (Saale)
- 7 • 14.03. – Mitgliederversammlung | in Salzwedel
- 8 • 18.04. – Grünes Kommunaltreffen
- 9 • 13.06. – Kreisvorstandstreffen
- 10 • 26.06. – Sommerfest des Landesverbands | in Magdeburg
- 11 • 04.07. – Mitgliederversammlung und Sommerfest des Kreisverbands | im  
12 Landkreis Stendal
- 13 • 29.08. – Delegiertentreffen zum Landesparteitag und Kreisvorstandstreffen
- 14 • 04.-05.09. – Landesparteitag | in Halle
- 15 • 07.11. – Mitgliederversammlung | im Landkreis Stendal
- 16 • 20.-22.11. – Bundesdelegiertenkonferenz
- 17 • 27.11. – Landesdelegiertenrat
- 18 • 12.12. – Kreisvorstandstreffen
- 19 • 06.01.21 – Mitgliederversammlung | im Altmarkkreis Salzwedel

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **A1** Gründung einer Regionalgruppe Salzwedel

Antragsteller\*in: Ruben Engel

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### **Antragstext**

- 1 Die Mitgliederversammlung soll die Gründung einer Regionalgruppe „Salzwedel“
- 2 nach § 3 der Satzung des KV Altmark beschließen. Das Gründungsdatum ist der
- 3 15.03.2020.

### **Begründung**

Aus den Reihen der Salzwedeler Mitglieder besteht der Wunsch, auch weiterhin lokal zu arbeiten und eigene Veranstaltungen zu planen, die nicht immer die Gänze aller Mitglieder in der Altmark betreffen müssen. Ich stelle für sie stellvertretend daher diesen Antrag.

## **A2** Parteiinterne Kommunikation - sicher, grün und unabhängig!

Antragsteller\*in: Gregor Laukert  
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### **Antragstext**

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Altmark beschließt, ab dem **01.05.2020**, ausschließlich
- 2 nicht monopolisierte Messenger mit offener Struktur zu verwenden. Insbesondere
- 3 wird somit sämtliche parteiinterne Kommunikation über "WhatsApp" eingestellt und
- 4 auf einen anderen Messenger verschoben. Es empfiehlt sich die App "Signal",
- 5 welche der Grundstruktur von "WhatsApp" stark ähnelt. Der Vorstand wird damit
- 6 beauftragt, einen alternativen Kanal einzurichten und die Mitglieder bei dem
- 7 Wechsel zu unterstützen.

### **Begründung**

Datenschutz und das Recht an den eigenen Daten sind essenzielle Fragen im digitalen Wandel. Ein großes Problem ist hierbei die Monopolisierung, welche zur massiven Anhäufung und zur Verknüpfung diverser persönlicher Daten beiträgt. Als Partei sind viele unserer Diskussionen, Dokumente und leider auch manchmal Personen besonders schutzbedürftig. Außerdem ist es wichtig auch bei uns für solche Themen zu sensibilisieren, und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Deshalb sollten wir, im Sinnes unserer Authentizität in Datenschutz- und Rechtsfragen sowie für den Schutz sensibler parteiinterner Daten und unserer Mitglieder, auf gewisse Monopoldienste verzichten.

Hierbei fällt insbesondere Facebook mit ihrem Messenger "WhatsApp" immer wieder negativ auf. Bereits im Jahr 2017 wurde es von Kartellamt für ihre Marktbeherrschung gerügt. Ziel solcher Unternehmen ist ganz klar das Zusammenführen und Verkaufen von Daten an Dritte. Auch Sicherheitslücken für in- und ausländische Geheimdienste sind immer wieder bekannt geworden. Über die Jahre wurden zahlreiche problematische Vorgänge und Prozesse aufgedeckt. Alle hier aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen.

Allein durch unsere Präsenz auf diesem Medium stärken wir die Bindung unserer Mitglieder an diesen Messenger. Daher möchte ich euch bitten, diesen Antrag zu beschließen.

## **A3** Fahrrad- und Fußgänger-freundliche Städte – Nachhaltige Verkehrspolitik in der Altmark

Antragsteller\*in: Gregor Laukert  
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### Antragstext

1 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV ALTMARK* setzt sich für eine nachhaltige und faire  
2 Verkehrspolitik ein, die **eine echte Verkehrswende in den Städten der Altmark**  
3 **ermöglicht**. Kurz- und mittelfristig sollten diverse Modellprojekte umgesetzt  
4 werden. Insbesondere verkehrsberuhigte oder autofreie Straßen mit viel Platz für  
5 Fußgänger\*innen, Fahrradfahrer\*innen und Rollstuhlfahrer\*innen sollten geprüft  
6 und bei der Planung zukünftiger Verkehrskonzepte stets berücksichtigt und  
7 integriert werden. Außerdem ist ein stärkerer Fokus auf Mobilität mit dem  
8 Fahrrad notwendig. Dafür müssen mehr, größere und sicherere Fahrradwege  
9 konzeptioniert und gebaut werden. Ein Modellprojekt soll hier unter anderem ein  
10 Fahrradweg vom Hauptbahnhof der Stadt Stendal zur Hochschule sein. Langfristig  
11 sollen so echte, verlässliche und sichere Alternativen für den Schul-, Arbeits-  
12 und Freizeitverkehr geschaffen werden. Verpflichtend für eine faire  
13 Verkehrswende ist für uns auch stets Barrierearmut zu berücksichtigen und zu  
14 realisieren.

### Begründung

Die Klimakrise und ihr enormer Handlungszwang haben vielen bewusst gemacht: Wir müssen einiges ändern! Ein integraler Bestandteil jeder vernünftigen und nachhaltigen Politik ist die Umsetzung einer Verkehrswende. Seit vielen Jahren ist Verkehrspolitik an erster Stelle Autopolitik. Eine oft diskutierte Thematik ist dabei die schleifende Förderung der Bahn und des ÖPNV. Doch auch das Fahrrad wurde lange nicht ernsthaft berücksichtigt. Das Ergebnis ist in vielen Städten klar erkennbar: Die Infrastruktur für Fahrräder ist mittelmäßig bis schlecht und teilweise schlicht gefährlich. Dabei könnte das Fahrrad innerhalb vieler Ortschaften schnell eine echte Mobilitätsalternative werden. Gemeinsam mit einer Reduzierung des Privatautoverkehrs und mit dem Schaffen von mehr Platz für Fußgänger\*innen kann dies die Lebensqualität vor Ort langfristig signifikant erhöhen.

Ganz allgemein kann eine neue, gleichberechtigenden Verkehrspolitik für die Altmark, neben Reduzierung von Luftverschmutzung, Lärmreduzierung, Ressourcenschonung und CO<sub>2</sub>-Reduktion, auch eine echte Chance für lokale Unternehmen, Geschäfte, Museen, Sehenswürdigkeiten und somit insbesondere Tourismus und Naherholung sein.

Eine solche Transformation im Verkehrskonzept und -angebot muss selbstverständlich rücksichtsvoll, schonend und stets im Dialog stattfinden. Wir wollen nicht sämtliche Autos verbieten und dies mit nicht vorhandenen Strukturen abfangen. Die Notwendigkeit von privaten Verkehrsmitteln mit ihrer hohen Individualität und Unabhängigkeit, insbesondere im ländlichen Raum, sind uns durchaus bewusst. Wir bemängeln hauptsächlich das Fehlen von Alternativen zum Privatauto. Der erste Schritt muss daher das gezielte Schaffen solcher Alternativen und somit unter anderem der Aufbau von Fahrrad- und Fußgänger-freundlichen Strukturen sein.

## **A4NEU** Silvesterfeuerwerk - Gemeinschaft stärken und Umwelt schützen!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Altmark setzt sich für **zentrale Feuerwerke** oder
- 2 vergleichbare Events, z. B. Drohnen-, Laser- oder Lichtshows, **in den Stadt, Dorf**
- 3 **und Gemeindezentren** ein, welche als Ersatz für das private Feuerwerk zum Neujahr
- 4 gedacht sind. Parallel soll der Einsatz von Feuerwerkskörpern außerhalb der
- 5 rechtlich zulässigen Zeiten stärker verfolgt und kontrolliert werden.
- 6 Langfristig sollte das private Feuerwerk mit seinen vielen Problemen
- 7 ausschließlich auf gemeinschaftlich organisierte Veranstaltungen beschränkt
- 8 sein. Die Zusammenfindung, Nutzung und Bewerbung solcher Veranstaltungen muss
- 9 von den örtlichen Kommunen unterstützt werden.

### Begründung

Das Feuerwerk zur Silvesternacht ist eigentlich eine noch recht neue Tradition. Trotzdem ist es für viele bereits ein essenzieller Bestandteil jeder Neujahrsfeier. Dabei ist es alles andere als zeitgemäß - und führt immer wieder zu diversen Schäden an Umwelt, Mensch, Gebäuden und Tieren.

Die riesigen Mengen an Müll, welche jedes Jahr auf unseren Straßen zurückbleiben, sind nicht nur rein optisch problematisch. Während die großen Rückstände, die die Verursacher eigentlich selbst entsorgen müssten, hauptsächlich ein großes logistisches Problem für Stadt- und Straßenreinigung darstellen, tragen die kleineren Reste zur langfristigen Verunreinigung von Wiesen, Bächen, Flüssen und Grundwasser bei. Auch die durch Feuerwerke entstehende Luftverschmutzung ist enorm. Feinstaubgrenzwerte werden so teilweise sogar in den Kleinstädten übertroffen. Nicht vergessen werden darf auch - gerade in der Altmark mit ihren vielen schönen Altstädten und Dörfern - die Beschädigung an Fassaden, Gebäuden und Denkmälern.

Auch ganz direkte Schäden an Mensch und Tier treten leider immer wieder auf. Krankenhäuser sind zu dieser Zeit oft gefüllt mit Patient\*innen, die sich an freiverkäuflichen Explosionskörpern verletzt haben und Tierhalter\*innen erleben zu meist die großen Probleme von Katzen, Hunden und anderen Haustieren im Umgang mit den lauten Explosionen. Leider sind auch die Tage um Silvester herum oft gefüllt mit lauten Explosionen - ganz zum Leid von Ruhebedürftigen, Kinder und allen anderen.

Neben der Minderung der gezündeten Feuerwerkskörper, sowie dem Vereinfachen der Entsorgung und der besseren Unfallvorsorge, haben gemeinschaftlich organisierte Mitternachtsevents auch andere diverse Vorteile!

Sie können beispielsweise Gemeinschaftsgefühl, Kooperation und Zusammenhalt stärken und dem Einzelnen gleichzeitig Kosten und Aufwand ersparen. Außerdem können solche Events - richtig angestellt - auch ein Faktor für Tourismus rund um das Neujahr sein.

Deshalb möchte ich die Mitgliederversammlung bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

## **A5** Verurteilung von LSBTTI\*-Diskriminierung in polnischen Partnerstädten

Antragsteller\*in: Christian Franke-Langmach  
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### **Antragstext**

- 1 Immer mehr Regionen, Landkreise und Gemeinden in Polen erklären sich in
- 2 Deklarationen als frei von LSBTTI\*-Personen oder frei von LSBTTI\*„Ideologie“.
- 3 Darunter auch Osterburgs Partnerstadt Wieluń (Beschluss am 17 Juli 2019) und
- 4 Stendals Partnerstadt Puławy (Beschluss am 30. Mai 2019). Die sichere und freie
- 5 Lebensgestaltung von nicht-heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht. Wir
- 6 sind solidarisch mit den betroffenen Menschen und stehen an ihrer Seite! Für
- 7 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren
- 8 Grundrechten beschnitten werden und diese Gemeinden Diskriminierung aktiv
- 9 fördern.
  
- 10 Im Austausch mit unseren Partnergemeinden werden wir auf diese Verstöße
- 11 hinweisen, unsere Ablehnung der Deklarationen verdeutlichen, so wie es
- 12 beispielsweise Wieluńs französische Partnerstadt Estaires (Nord) getan hat. Wir
- 13 werden auf offizielle Briefe der Gemeinden mit der Aufforderung zur Widerrufung
- 14 der Deklaration hinwirken. Auch die vorübergehende Aussetzung oder Beendigung
- 15 der Partnerschaft darf kein Tabu sein.
  
- 16 Wir werden die Entwicklungen in den Partnerstädten weiter beobachten und den
- 17 Dialog zu unseren gemeinsamen europäischen Werten suchen. Wir sehen auch
- 18 zivilgesellschaftliche Akteure und die Kirchen in der Pflicht in ihren Kontakten
- 19 nach Polen diesen Positionen zu widersprechen und zum Schutz der Freiheits- und
- 20 Minderheitsrechte beizutragen.

### **Begründung**

Innerhalb eines Jahres wurden in Polen 87 Zonen (Regionen, Landkreise und Gemeinden) deklariert, die sich als frei von LSBTTI\* oder frei von LSBTTI\*„Ideologie“ bezeichnen. Dadurch werden LSBTTI\*-Personen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen, aktiv diskriminiert, ausgegrenzt und eingeschüchtert.

Flankiert werden diese Beschlüsse durch verbale Attacken polnischer Bischöfe gegen Homo- und Transsexuelle. Die sichere und freie Lebensgestaltung von nicht-heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht! Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist das nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren Grundrechten beschnitten werden und sich vor Gewalt fürchten müssen, wie die tätlichen Angriffe auf Pride-Veranstaltungen im vergangenen Jahr zeigen.

Die polnischen Gebietskörperschaften verstoßen aus unserer Sicht gegen die EU Antidiskriminierungsrichtlinie, aber auch gegen die polnische Verfassung, in der die „unveräußerliche Würde“ jedes Menschen geschützt ist – gedeckt durch die rechtskonservative PiS-Regierung. Die Deklarationen sind gespickt mit Formulierungen zur Widernatürlichkeit von LSBTTI\*-Menschen und einem vermeintlichen Widerspruch zu christlichen Werten.